

- 8.11.2004: der islamkritische Filmemacher van Gogh wird in den Niederlanden von einem fanatischen Muslim ermordet
- 7.07.2005: islamistische Terroranschläge in London mit 56 Toten, → Diskussion über „home grown terrorism“; da alle 4 Täter in England aufgewachsen sind (3 aus Pakistan, 1 aus Jamaika stammend)
- Oktober und November 2005: Brennende Autos in französischen Vorstädten, Jugendliche ohne soziale Perspektive meistens mit Migrationshintergrund randalieren
- März 2006 Brandbrief der Rütli-Schule (mit extrem hohem Migrantenanteil) wegen gewalttätigen Zuständen → Diskussion über Integration → 14.07.2006 Integrationsgipfel der Bundesregierung

1) Was ist Integration?

- Gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Verständigung
- „Unter Integration verstehen wir einen längerfristigen Prozess der Eingliederung und Einbindung von Zuwanderinnen und Zuwanderern in die gesellschaftlichen Kernbereiche. Für das Gelingen dieses Prozesses tragen Eingewanderte wie Mitglieder der Aufnahmegesellschaft in gleicher Weise Verantwortung. Unser Integrationsverständnis respektiert und wertschätzt kulturelle Vielfalt“ (Entwurf des Integrationskonzepts der Landeshauptstadt München)
- Arten von Integration
 - strukturelle Integration (in zentrale Subsysteme wie Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen)
 - kulturelle Integration (Änderung der Einstellungen, Verhaltensweisen in Richtung einer kulturellen Annäherung)
 - soziale Integration (Kontakte zu Einheimischen auf privater Ebene oder über Vereine und Organisationen)
 - identifikatorische Integration (Zugehörigkeitsgefühl, politische Identifikation)

2) Integration in Frankreich

a) grundsätzliches Staats-, Gesellschafts- und Integrationsverständnis

- ✓ subjektives, politisches, staatsbürgerlicher Nationsbegriff → ius soli (Bodenrecht)
- ✓ Etatismus, Zentralismus, Laizismus, Egalitarismus (Französische Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“), Homogenitätsvorstellung bez. Sprache, Kultur und republikanische Grundwerte (zeigt sich auch in Bildungspolitik)
- ✓ also Integrationsmodell republikanischer, universalistischer, kulturell vereinheitlichender Art
- ✓ Fokus auf Begriff „Immigrés“/„Einwanderer“ (= wer im Ausland mit nicht-französischer Staatsangehörigkeit geboren ist)

b) Einwanderungsgeschichte und größte Einwanderergruppen

- ✓ schon wegen Größe und relativ dünner Besiedelung plus offenen Nationskonzept immer Einwanderungsland, besonders mit Migration aus Kolonien bes. in Nord- und Westafrika (bis 1950er Jahre Nummer 1 bei Einwanderung in Europa)
- ✓ Einwanderung von Polen, Italiener, Spaniern zwischen den Weltkriegen; in den 1960er Jahren aus Portugal, besonders aber aus ehemaligen Kolonien wie Algerien und Marokko; seit 1990 mehr Einwanderung Westafrika; über die Hälfte der Einwanderer nach dem Zweiten Weltkrieg stammt aus ehemaligen Kolonien (davon wohl fast 2 Millionen aus dem Maghreb, also Algerien, Marokko, Tunesien)
- ✓ Seit 1970er Zuzugsrestriktionen, aber offen bez. Familiennachzug
- ✓ ca. 5 Mio. Muslime meist arabischer Herkunft

- ✓ ca. 4% der französischen Staatsbürger Eingebürgerte
- ✓ größte Einwandergruppen (Stand 1999): Algerien 576.000 (davon 419.000 ohne französischen Pass), Portugal 570.000 (454.000), Marokko 521.000 (388.000), Italien 381.000 (170.000), Spanien 317.000 (144.000), Tunesien 202.000 (121.000)
- ✓ 4,3 Mio. Einwanderer (nach anderen Berechnungen 5,6 Mio. ausländischer Herkunft), 3,3 Mio. „Ausländer“ (ohne französischen Pass) (= 5,6%)

c) Integrationspolitik und ihre Ergebnisse

- ✓ leichter Zugang zur Staatsbürgerschaft (schon seit 1889 kann jedes in Frankreich geborene Kind mit Volljährigkeit Franzose werden)
- ✓ Egalitäre Ideologie → kaum spezielle Integrationsmaßnahmen, allgemeine Integration durch Sprache, Kultur und besonders (national einheitliches und von Anspruch her egalitäres) Schulsystem sollte auch Einwanderer einbeziehen
- ✓ wegen Laizismus z.B. Kopftuchverbot für Schülerinnen (seit 2004 laut Gesetz); deswegen auch schwierig, in institutionellen Dialog mit muslimischen Einwanderern zu treten, was aber seit 2000 stärker geschieht (Politik hat Muslime zu Gründung eines Zentralrats gedrängt)
- ✓ Probleme der Integration bez. Wohnen, Arbeitsmarkt, sozialer Lage, meiste Segregation in ghettoartige Vorstädte mit geringen sozialen Teilhabe- und Aufstiegschancen

d) neuere Entwicklungen

- ✓ Sarkozy für „positive Diskriminierung“ und Dialog mit Muslimen

3) Integration in den Niederlanden

a) grundsätzliches Staats-, Gesellschafts- und Integrationsverständnis

- ✓ „Versäulung“ der Gesellschaft, d.h. nach Protestanten, Katholiken, Liberalen, Sozialisten aufgeteilte gesellschaftliche Subsysteme (jeweils eigene Vereine, Gewerkschaften, Schulen, Medien, Wohlfahrtsorganisationen)
- ✓ Kaufmännische und koloniale Tradition bringt gewisse Weltoffenheit mit sich
- ✓ Liberalität und Toleranz als Teil eigenen Selbstverständnisses
- ✓ Fokus auf Begriff „Allochthone“ (vs. „Autochthone“), die selber oder deren Eltern im Ausland geboren sind, wobei diese wieder in nicht-westliche und westliche aufgeteilt werden

b) Einwanderungsgeschichte und größte Einwanderergruppen

- ✓ sowohl Einwanderung aus ehemaligen Kolonien als auch Anwerbung
- ✓ aus (Ex-)Kolonien Indonesien (von dort meist holländisch Stämmige oder Mischlinge), Surinam, Niederländisch-Antillen/Aruba (immer noch Kolonien)
- ✓ Anwerbung bes. aus Marokko und Türkei (mit Ölkrise 1973 gestoppt)
- ✓ ab den 1980ern stärker Asyl Suchende
- ✓ 19% Allochthone, nach Herkunftsländern: Indonesien 2,4%, Deutschland 2,4%, Türkei 2,2%, Surinam 2,0%, Marokko 2,0% - 6% Muslime
- ✓ 0,65 Mio. „Ausländer“ (ohne niederländischen Pass) (=4,3%)

c) Integrationspolitik und ihre Ergebnisse

- ✓ traditionell Ruf der toleranten, multikulturellen Niederlande (aber „Toleranz“ manchmal Gleichgültigkeit der Mehrheitsgesellschaft gegenüber isolierten und sozial abgehängten Einwanderern)

- ✓ Tendenz „Allochthone“, bes. Muslime mit Gruppenidentitäten in „Versäulungs“-System aufzunehmen (z.B. Förderung ethnischer oder religiös-muslimischer Gruppen und Aktivitäten, auch Schulen), Minderheitenpolitik
- ✓ kommunales Ausländerwahlrecht, erleichterte Einbürgerung, Anti-Diskriminierungs-Politik
- ✓ seit 1990er Tendenz weg von reiner Minderheitspolitik zu Integrationspolitik
- ✓ Vorbild für viele europäische Staaten Integrationspolitik mit Integrationskursen für alle (nicht-westlichen) Einwandernden (Integrationsgesetz von 1998, darin auch verpflichtender Integrationstest), aber wohl nicht ausreichend und nicht passgenau genug
- ✓ aber bez. Integration in Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit bei nicht-westlichen Allochthonen 3mal so hoch wie bei Autochthonen, in Deutschland „nur“ 2mal) und anderen soziale Subsysteme keine großen Erfolge, klare Benachteiligung; außerdem wenig Kontakt zu Einheimischen (soziale Integration unzureichend)

d) neuere Entwicklungen

- ✓ rechtspopulistische Wahlerfolge von Pim Fortuyn u.a. (2002, kurz vor Wahl von fanatischem Tierschützer erschossen, seine Partei dann nach Wahl für kurze Zeit in Regierung) sowie Ereignisse wie Ermordung von Filmemacher van Gogh durch muslimischen Fanatiker haben zur Infragestellung bisherigen Modells geführt, „Rückständigkeit“ der „Allochthonen“ wird in Diskussionen stärker betont; als politische Maßnahmen z.B. Sprach- und Integrationstests im Ausland bei Familiennachzug

4) Integration in Großbritannien

a) grundsätzliches Staats-, Gesellschafts- und Integrationsverständnis

- ✓ Kolonialgeschichte bringt sowohl imperiales Selbstverständnis (mit gewissen „Zivilisierungsauftrag“) als auch multikultureller Grundeinstellung mit sich; Verständnis für Unterschiede (keine strenge Gleichheitsideologie)
- ✓ kein ethnisches Nationsverständnis, eher Tradition einer „Stammesgesellschaft“ (da schon Engländer, Waliser, Schotten und Iren ethnische Pluralität bilden)
- ✓ sehr freie Marktwirtschaft mit relativ wenig wohlfahrtsstaatlichen Elemente
- ✓ liberales Staatsverständnis (gegen zu starken Staat), Individuen und Gruppen sowie ihre Interessen im Vordergrund, starke Aufteilung in Klassen und Gruppen
- ✓ relativ zentralistisch (trotz der Regionen England, Schottland, Wales, Nordirland), erst in letzter Zeit leichte Tendenz zur Dezentralisierung
- ✓ kein Bezug auf abstrakte Ideale (wie in Frankreich), pragmatische Herangehensweise
- ✓ relativ offenes Staatsbürgerschaftsrecht (lange sehr leicht zugänglich für Personen aus ehemaligen Kolonien bzw. Commonwealth)
- ✓ Fokus auf Begriff „ethnic minorities“

b) Einwanderungsgeschichte und größte Einwanderergruppen

- ✓ Wanderungsbewegungen früher inner-britisch (Iren und Schotten nach England im 19. Jahrhundert), später in 1. Hälfte des 20. Jahrhundert Polen und Juden (heute wohl mehrere 100.000 Polnischstämmige und 260.000 Juden)
- ✓ neuere Einwanderung hauptsächlich aus ehemaligen Kolonien, Commonwealth; daraus konnte in 50er und 60ern die Arbeitskräftenachfrage befriedigt werden (ab 1948 setzte massive Einwanderung zuerst aus Karibik ein; Prozess der Dekolonisierung brachte weitere Einwanderungsschübe mit sich – besonders aus indischem Subkontinent Stammende)

- ✓ 2001: 4,6 Mio. Angehörige ethnischer Minderheiten (=7,9%), davon 1,15 Mio. Schwarze (davon 566.000 aus der Karibik und 485.000 aus Afrika), 1,05 Mio. Inder, 744.000 Pakistani, 283.000 Bangladeshi (aus ehemalig Britisch Indien also ca. 1,2 Mio.), 247.000 Chinesen und 248.000 andere Asiaten
 - nach Religionen: 1,55 Mio. Muslime, 550.000 Hindus, 330.000 Sikhs, 260.000 Juden und 144.000 Buddhisten
- ✓ 2,3 Mio. „Ausländer“ (ohne britischen Pass) (=7,0%)

c) Integrationspolitik und ihre Ergebnisse

- ✓ Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaft (bes. für Commonwealth-Bewohner), liberales Staatsbürgerschaftsrecht (bis Anfang 80er sehr leicht für Bewohner ehemaliger Kolonien Briten zu werden)
- ✓ staatliche Unterstützung für ethnische Minderheiten, Konzept der „ethnischen Vielfalt“, relativ gute Repräsentanz ethnischer Minderheiten etwa in Medien (auch z.T. Politik)
- ✓ Toleranz für Verschiedenheit: z.B. Sikhs (die aus religiösen Gründen Turban tragen müssen) tragen weder auf dem Motorrad noch als Polizisten Helme; Schuluniformen mit integrierten Kopftuch (jedoch wurde Schülerin Ganzkörperschleier verboten), spezielle, der Uniform angepasste Kopftücher für muslimische Polizistinnen
- ✓ Anti-Rassismus-Politik und –Gesetzgebung (nicht Ausländerstatus, sondern Hautfarbe im Zentrum) (Commission für Racial Equality) – (aber dennoch in Bevölkerung, besonders in Arbeiterklasse, aber auch bei Polizei Rassismus)
- ✓ starke Konzentration der Minderheiten auf Ballungsräume Sünglands (Birmingham 15%, Groß-London 20% ethnische Minderheiten); Segregations- und Ghettoisierungstendenzen, Schulen mit fast nur weißen und Schulen mit fast nur asiatischen Kindern, Viertel und Orte mit „nicht-weißer“ Mehrheit (z.B. Londoner Stadtviertel Southall mit 70% Bewohnern, die vom indischen Subkontinent stammen; Leicester mit 40% der ca. 300.000 Einwohner aus nicht-weißen ethnischen Minderheiten, die nach Schätzungen bis 2012 die Mehrheit bilden werden)
- ✓ starke Benachteiligung einiger ethnischer Gruppen bez. Arbeit, Wohnen und Einkommen; z.T. starke soziale Spaltung, von der auch besonders ethnische Minderheiten betroffen (hier aber große Unterschiede: Situation von Indern und Chinesen relativ gut, z.B. Inder mit besseren Bildungsabschlüssen als Weiße, aber Pakistani, Bangladeshi und Schwarze aus der Karibik haben z.B. 3mal höhere Arbeitslosenrate als bei Weißen)
- ✓ es gab immer wieder ethnische Krawalle

d) neuere Entwicklungen

- ✓ in letzter Zeit Tendenz zu islamischen Fundamentalismus (bes. Pakistani), Diskussion um „home grown terrorism“ seit Anschlägen in London; 13% der Muslime halten Terroranschläge für gerechtfertigt, 200.00 sympathisieren mit Bin Laden, 26% halten Integration in britische Gesellschaft für zu stark fortgeschritten
- ✓ 40% der Arbeiterklasse glaubt, dass Staat ethnischen Minderheiten zu stark entgegengekommen ist
- ✓ sehr restriktive Anti-Terror-Gesetze
- ✓ Diskussion um Aussage von Ex-Außenminister Straw, dass er lieber mit nicht-verschleierte Wählerinnen rede

5) Integration in Deutschland

a) grundsätzliches Staats-, Gesellschafts- und Integrationsverständnis

- ✓ traditionell „objektives“, ethnisch-kulturelles Nationsverständnis → ius sanguinis (Blutrecht) und restriktive Einbürgerungspolitik
- ✓ lange obrigkeitlich-etatistische Tradition
- ✓ Wohlfahrtsstaat, soziale Marktwirtschaft
- ✓ Föderalismus
- ✓ lange Zeit Dauereinwanderung nicht als Faktum anerkannt („Deutschland ist kein Einwanderungsland“, Illusion des vorübergehenden Aufenthalts und der Rückkehr von „Gast“-Arbeitern), deshalb erst spät systematische Integrationspolitik
- ✓ Fokus auf Begriff „Ausländer“

b) Einwanderungsgeschichte und größte Einwanderergruppen

- ✓ Nach Zweitem Weltkrieg deutsche Wanderungsbewegungen (12 Mio. Vertriebene, später 3 Mio. aus der DDR)
- ✓ Gastarbeiteranwerbung 1955-1973 (Anwerbeverträge: Italien 1955, 1960 Spanien und Griechenland, 1961 Türkei, 1963 Marokko, 1965 Tunesien, 1969 Jugoslawien), mit Anwerbestopp ab 1974 stärkerer Familiennachzug und Verfestigung des Aufenthalts
- ✓ Asyl Suchende besonders in 1980er und 1990er Jahren; in 1990ern dann Bürgerkriegsflüchtlinge bes. aus Ex-Jugoslawien (aber auch Afghanistan, Irak etc.)
- ✓ Deutschstämmige Aussiedler (besonders aus der ehemaligen Sowjetunion, und besonders nach dem Fallen des Eisernen Vorhangs 1989.
- ✓ Jüdische Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion.
- ✓ Nach EU-Osterweiterung vermehrt Osteuropäer, besonders aus Polen (vorher waren Osteuropäer meist als Flüchtlinge aus dem Kalten Krieg in Deutschland, z.B. nach Kriegsrecht in Polen)
- ✓ in letzten Jahren viel Ehenachzug, meist Ehepartner von Deutschen (aber auch Türken, die Frauen aus der Türkei heiraten)
- ✓ Staatsangehörigkeiten der ausländischen Bevölkerung Ende 2004: Türkei 1,76 Mio., Italien 548.000, Serbien und Montenegro 507.000, Griechenland 316.000, Polen 292.000, Kroatien 229.000, Russland 179.000, Österreich 174.000, Bosnien-Herzegowina 156.000, Ukraine 128.000, Portugal 117.000, Niederlande 114.000, Spanien 108.000, Frankreich 100.000
- ✓ Deutschland: 15,3 Mio. mit Migrationshintergrund, d.h. von den Gesamtbevölkerung von 82,7 Mio. fast ein Fünftel (19 %). Davon nur 7,3 Mio. ohne deutschen Pass (8,1%), aber 8 Mio. mit deutschem Pass. 2005 nur 136.000 neu Einreisende mit dauerhaften Aufenthalt als Ziel. (3,2-3,5 Mio. Muslime)

c) Integrationspolitik und ihre Ergebnisse

- ✓ wegen Illusion der Rückkehr Integrationsversäumnisse und falsche Ansätze wie z.B. zweisprachige Klassen zur Aufrechterhaltung der Rückkehrfähigkeit etwa in Bayern
- ✓ erst spät Intensivierung von speziellen (bundesweiten) Integrationsprogrammen (z.B. Sprachkurs für jeden Neuankömmling als Anspruch; besser diesbezüglich bei Aussiedlern)
- ✓ Integration lange primär Sache von Ländern und Kommunen
- ✓ Tradition der Ausländersozialarbeit der Wohlfahrtsverbände; lange Zeit national-religiös aufgeteilt, z.B. (katholische) Caritas für (katholische) Italiener, Spanier,

- Portugiesen, (evangelische) Diakonie/Innere Mission für Griechen, (sozialistische) Arbeiterwohlfahrt für (muslimische) Türken, Tunesier, Marokkaner
- ✓ Interessenvertretung durch (kommunale) Ausländerbeiräte und Ausländerbeauftragte auf verschiedenen Ebenen (Kommune, Land, Bund)
- ✓ geringe Erfolge bez. identifikatorischer Integration (restriktives Staatsbürgerschafts- und Wahlrecht, lange fehlende Akzeptanz dauerhafter Einwanderung...), stärker als in anderen Ländern Orientierung an politischen Fragen im Herkunftsland
- ✓ lange Zeit sehr erfolgreich bei struktureller Integration in Arbeitsmarkt, Betriebe, Gewerkschaften; nicht sehr extreme Ghettoisierungstendenzen; auch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen für Ausländer; aber schwerer seit stärkerer Arbeitslosigkeit und intensiverer sozialer Gegensätze mit sozialen Ausschlussstendenzen
- ✓ jedoch bez. struktureller Integration ins Bildungssystem (siehe PISA) sehr große Probleme
- ✓ bezüglich sozialer Integration relative Fortschritte – z.B. in Studie des Zentrum für Türkei-Studien zeige sich, dass bei Türken in NRW bez. anderer Faktoren wie Kontakt zu Deutschen, Mitgliedschaft in deutschen Vereinen etc. in der zeitlichen Entwicklung keine Tendenz zu Parallelgesellschaften, im Gegenteil (nur Verstärkung religiöser Orientierung)

d) neuere Entwicklungen

- ✓ Reform des Staatsbürgerschaftsrecht ab 1.1.2000 (erleichterte Einbürgerung; besonders wichtig: Kinder von Ausländern mit festen, langjährigen Aufenthalt bekommen automatisch auch deutsche Staatsbürgerschaft, müssen sich nach Volljährigkeit entscheiden)
- ✓ Green-Card-Diskussion ab 2000 → nach langen parteipolitischen Hickhack ab 1.1.2005 neues „Zuwanderungsgesetz“ in Kraft, das u.a. Integrationskurse für alle neu Zuwandernden vorsieht (600 Unterrichtsstunden Sprachkurs, 30 Stunden Orientierungskurs)
- ✓ damit Entwicklung von Konsens in Richtung: Wichtigkeit von (besonders sprachlicher) Integration, Zuwanderung als Faktum, Entwicklung hin zu offenerem Nationsverständnis

6) Thesen

- Man sollte die erfolgreichen Teile der verschiedenen Integrationspolitiken kombinieren (aktive staatliche Integrationspolitik, Integration in Arbeit und Wohnen statt soziale und wohnräumlicher Segregation, identifikatorische Integration durch Einbürgerung und Wahlrecht sowie offenes Nationskonzept)
- Man sollte weder das eine Extrem völliger Beliebigkeit (ohne gemeinsame Standards und Grundwerte) noch das andere der Zwangsassimilation als Leitbild postulieren
- Sehr wichtig ist die Integration ins Bildungssystem (da hier Chancen verteilt, für die ganze Gesellschaft nützliche Potentiale entwickelt werden)
- Die wichtigste Aufgabe ist wohl heute die „Einbürgerung des Islam“ im Sinne von a) Gleichberechtigung der Religionen (in Deutschland z.B. durch staatlichen islamischen Religionsunterricht), b) Zugehen auf moderate Muslime, Unterstützung der Entwicklung eines westlich-europäischen Islam, c) klare Grenzen aufzeigen hinsichtlich eines fundamentalistischen Islams (Betonung universeller Verfassungswerte)
- Schließlich stellt sich die Aufgabe einer gemeinsamen europäischen Integrations- und Migrationspolitik